

## **+++ Protestaktion zum Bundesverkehrswegeplan 2030 +++** **+++ Zukunft nicht wegbaggern – Alternativen statt Asphalt +++**

Berlin, den 2. Dezember 2016. Aktivisten der Jugendorganisation des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUNDjugend) haben gemeinsam mit Bürgerinitiativen vor dem Bundestag gegen den heute zur Abstimmung stehenden Bundesverkehrswegeplan demonstriert. Ein als Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt verkleideter Aktivist saß auf einem Spielzeugbagger und werkelte an einer Straßenbaustelle herum. Mit einem Transparent „Zukunft nicht wegbaggern. Alternativen statt Asphalt!“ forderten die Demonstranten die Abgeordneten auf, den Bundesverkehrswegeplan 2030 abzulehnen. Der Protest richtete sich vor allem gegen die große Zahl naturzerstörender Straßenbauprojekte.

Carolin Lotter vom BUNDjugend-Bundesvorstand: „Wir spielen nicht mehr mit Autos. Deshalb haben in den zurückliegenden Wochen sehr viele Jugendliche ihre alten Spielzeugautos per Post an Herrn Dobrindt geschickt. Wenn er Autos so sehr mag, dann soll er halt mit unseren spielen. Die waren wenigstens in keinen Dieselskandal verwickelt und brauchen keine neuen Straßen.“

Lotter kritisierte, dass die Politik mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 weiter vor allem auf das Auto setze und neue Straßen für noch mehr Autos plane. Damit Deutschland seine Klimaziele erreichen könne, müsse jedoch auch der Verkehrsbereich seine CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch verringern.

„Der Bundesverkehrswegeplan ist ein überdimensioniertes Straßenbauprogramm, das die Verkehrsprobleme nicht lösen wird. Er führt zu steigenden Treibhausgas- und Schadstoffemissionen und erhöht den Flächen- und Landschaftsverbrauch massiv. Minister Dobrindt plant wie in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als es noch keine Umweltgesetze gab“, kritisierte der BUND-Verkehrsexperte Werner Reh.

„Sämtliche umweltschonenden und kostengünstigen Alternativvorschläge zu überdimensionierten Straßenprojekten wurden ignoriert. Was es gab war eine vorgetäuschte Bürgerbeteiligung, im Zuge derer fast 40000 Stellungnahmen eingingen, die Absender aber außer einer Eingangsbestätigung keinerlei Antwort erhielten“, sagte Reh.

Der BUND und die Bürgerinitiativen fordern, dass der Bundestag die vorgelegten Alternativvorschläge zu den umstrittenen großen Straßenprojekten in Dialogverfahren prüft.

# Presseinfo



**Informationen zur BUNDjugend-Kampagne „Spielzeug Auto?“ finden Sie im Internet unter:**

[www.bundjugend.de/spielzeug-auto](http://www.bundjugend.de/spielzeug-auto)

**Fotos der Protestaktion unter:** [www.flickr.com/photos/\\_bundjugend/albums](http://www.flickr.com/photos/_bundjugend/albums) (online verfügbar ab 2. Dezember, 12:00 Uhr)

**Pressekontakt:** Franziska Krug, BUNDjugend-Presse, Tel. 030-27586585, E-Mail: [franziska.krug@bundjugend.de](mailto:franziska.krug@bundjugend.de), Werner Reh, BUND-Verkehrsexperte, Tel. 030-27586-435, Mobil. 0173/6071601, E-Mail: [werner.reh@bund.net](mailto:werner.reh@bund.net) bzw. Laura Flierl, BUND-Presseabteilung, Tel. 030-27586-464/-425, E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net), [www.bund.net](http://www.bund.net)